

Europa

Deutschland

I (3690) **Vierzehnheiligen.** Der Bamberger Erzbischof Schick eifert seinen fanatischen Kollegen Meisner, Mixa und Müller nach. Er beschimpfte Nichtglaubende als vaterlandslose Gesellen und als Friedensfeinde, ohne sie allerdings direkt beim Namen zu nennen. „Aktives Eintreten für Staat, Heimat und Vaterland geht nicht ohne Gott“, meinte er im fränkischen Wallfahrtsort Vierzehnheiligen. Auch die Arbeit für den Frieden bezeichnete er als spezifische Aufgabe der Christen. (KNA, 6.5.07, *Nürnberger Nachrichten* (Regionalausgabe), 7.5.07, *Radio Vatikan*, 7.5.07)

I (3691) **Bonn-Bad Godesberg.** Die deutsche Bischofskonferenz plant einen eigenen digitalen Fernsehsender. Nach Auskunft von Bischof Gebhard Fürst, dem Vorsitzenden der Publizistischen Kommission der Bischofskonferenz, sei auf der vergangenen Vollversammlung eine Expertengruppe gegründet worden. Sie soll in den kommenden Wochen ihre Arbeit aufnehmen und die personellen wie finanziellen Ressourcen prüfen. Dabei sollen auch die medienpolitischen Auswirkungen analysiert werden. (*TVmatrix*, 8.5.07)

Am Rande der ZDK-Vollversammlung am Wochenende in Bonn Bad Godesberg erläuterte Fürst dem Kölner *domradio*: „Wir müssen hier natürlich die finanziellen Ressourcen anschauen, wir müssen die personellen Möglichkeiten prüfen, die wir haben. Wir müssen schauen, wie sich möglicherweise ein solcher digitaler Fernsehkanal auf unsere Beziehung zu den öffentlich-rechtlichen Sendern auswirken würde. Wir haben jetzt um einen Tisch herum eine namhafte Expertengruppe versammelt, die in den nächsten Tagen und Wochen die Arbeit aufnehmen wird, um das zu recherchieren, was getan werden kann, was getan werden sollte und welche Auswirkungen das hat!“

Medienpräsenz werde oftmals mit der klassischen Öffentlichkeitsarbeit gleichgesetzt: Beraten, beschließen und der Öffentlichkeit mitteilen. Das ist nur ein Teil unserer Arbeit, warnt Bischof Fürst: „Aber viel wichtiger ist, dass wir uns wahrnehmen als in der Öffentlichkeit selbst agierende Einrichtung mit einem großen Bedeutungswert für die Menschen, mit einer großartigen Botschaft, die aber nur greifen kann, wenn sie in der Öffentlichkeit in einer möglichst kompetenten Weise präsent gemacht wird – das ist leichter gefordert als getan, aber ich möchte mich gerne auf diesen Weg machen.“ (*domradio* Köln, 7.5.07)

I (3692) **Freiburg.** Steuert die katholische Kirche auf den Status einer Sekte zu? Diese Befürchtung äußert Johannes Röser, Chefredaktor der Zeitschrift „Christ in der Gegenwart“, in der Ausgabe vom 20. Mai. Man solle sich nicht durch Millionen-Zahlen bei Weltjugendtagen oder Bestseller-Absatzlisten einzelner religiöser Bücher blenden lassen. Wenn der Trend so weitergehe wie bisher, steuere die katholische Kirche Deutschlands auf einen Zustand hin, „den man in einer etwas polemischen Sprache als Sekte bezeichnen könnte“, betonte Röser. Wenn nicht einmal mehr drei Millionen Katholiken am sonntäglichen Gottesdienst, dem entscheidenden Identitätsmerkmal des Christusglaubens, teilnehmen, sei jener Zustand faktisch schon erreicht, so Röser weiter. (*kipa*, 17.5.07)

I (3693) **Hannover.** Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich für religiöse Bildung auch in nichtkirchlichen Kindertagesstätten (Kitas) ausgesprochen. Religion und Ethik seien nicht nur Sache konfessioneller Kitas, sondern aller Bildungseinrichtungen im Elementarbereich, heißt es in einem am Freitag in Hannover vorgestellten Zehn-Punkte-

Papier der EKD. Eltern suchten Hilfe für eine werteorientierte Erziehung. Außerdem fördere religiöse Bildung die „Selbstwerdung“ von Kindern und viele ihrer Fähigkeiten. Das Recht auf weltanschauliche Selbstbestimmung oder negative Religionsfreiheit kommt in dem Papier nicht zum Zuge. (KNA, 25.5.07) Der Grund für den Vorstoß liegt in der Erkenntnis, dass Kinder ohne religiöse Indoktrination im Kleinkindalter für die Kirchen auch später verloren sind.

I (3694) **Berlin**. Die Bundesregierung solle sich für die weltweite Achtung der Religions- und Glaubensfreiheit einsetzen. Das forderten Union und SPD in einem Antrag im Bundestag. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft solle die Koalition die Lage verfolgter Christen und anderer religiöser Minderheiten thematisieren, auch im Menschenrechtsdialog mit Iran und China sowie bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Der Antrag forderte außerdem den Einsatz für die Ratifizierung des internationalen Aktes über bürgerliche und politische Rechte. Die Oppositionsparteien zeigten sich im Grundanliegen einig. Sie warfen Union und SPD aber vor, sich einseitig für die Rechte der Christen einzusetzen. Dass es aber auch um die Religionsfreiheit der Nichtglaubenden geht, erwähnte nur die Linksfraktion. (KNA, 25.5.07)

I (3695) **Berlin**. Mit einer bundesweiten Kampagne versucht die umstrittene Scientology-Organisation Einfluss auf den Ethik- und Religionsunterricht zu nehmen. Das berichtet die Tageszeitung „Die Welt“ unter Berufung auf den Deutschen Philologenverband. Scientologen verschickten derzeit Informationsmaterialien an Schulleitungen. Damit versuche die in einigen Bundesländern unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehende Organisation offenbar, Einfluss auf die Schulbildung zu nehmen. Schulleitungen und Fachlehrer erhielten ein Schreiben, in dem für Scientology geworben wird. Beigefügt sei eine DVD, auf der ein Interview mit dem Gründer der Organisation, Ron Hubbard, aus dem Jahr 1966 zu sehen ist. Scientology bezeichnet sich als „Kirche“ und gibt vor, den einzigen Weg für das Überleben der Menschheit zu wissen. Weltanschauungsexperten werfen der Organisation vor, ein verkapptes Wirtschaftsunternehmen zu sein, das seine Mitglieder in psychische Abhängigkeit bringe und ausbeute. (*idea*, 27.5.07)
Anm. MIZ-Red.: So fragwürdig diese Methode der Einflussnahme sein mag – sie entspricht haargenau der der Kreationisten und Anhänger des „intelligent design“, die gegenwärtig an sämtliche Schulen je einen sogenannten „Schöpfungsatlas“ zusenden.

I (3696) **München**. Die evangelische Kirche in Bayern windet sich wegen der Rolle ihres früheren Landesbischofs (1933-55) Meiser, wegen dessen antisemitischen Äußerungen in München derzeit im Stadtrat die Umbenennung der Meiserstraße kontrovers diskutiert wird. (In Nürnberg ist sie bereits erfolgt.)
Einerseits beteuert die Landeskirche, ihr Verhalten während der NS-Zeit umfassend aufarbeiten zu wollen. Nürnberger Kirchenvertreter schlugen vor, eine landesweite Ausstellung über die Mitschuld der Kirche auf den Weg zu bringen, was der Landesbischof begrüßt. Andererseits droht eben dieser der Stadt München mit einem Prozess, falls sich der Stadtrat für die Umbenennung entscheidet. (*Bayerischer Rundfunk*, Kirchenfunk, 1.6.07; *Süddeutsche Zeitung*, 16.7.07)

I (3697) **Berlin**. Die Beurteilung der Freimaurerei fällt in den Kirchen unterschiedlich aus. Während die katholische Kirche auf einer grundsätzlichen Unvereinbarkeit von Freimaurerei und christlichem Glauben besteht, hält die EKD eine Doppelmitgliedschaft für möglich. Es bleibe dem freien Ermessen des Einzelnen überlassen, wie er zur

Freimaurerei stehe, lautet die 1973 formulierte und bis heute gültige evangelische Haltung. Aus dem evangelikalen Spektrum kommen nun schwerwiegende theologische Vorbehalte. Die meisten Freimaurer lehnen es ab, ihren Männerbund als Religionsgemeinschaft zu bezeichnen. In Deutschland gibt es rund 14.100 Freimaurer in etwa 500 Logen. Vor dem Zweiten Weltkrieg waren es mehr als 80.000. (*idea*, 2.6.07)

I (3698) **Heiligendamm**. Die katholischen Polizeiseelsorger stehen kompromisslos hinter ihren Schützlingen. Der in Heiligendamm eingesetzte der Prämonstratenser-Pater Gabriel Wolf verteidigte das Vorgehen der Polizei und widersprach damit der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, was den Umgang mit Gegnern des G-8-Gipfels von Heiligendamm betrifft. Tausende von Polizisten setzten sich im Vorfeld und in Heiligendamm selbst für die Sicherheit ein - „ebenso wie etwa bei der WM und dem Papstbesuch im letzten Jahr“. Das meinte, der als Polizeiseelsorger für den ostbayerischen Raum zuständig ist. Er wisse, dass solche Polizei-Arbeit „nicht immer leicht“ sei; mit „Überreaktion“ oder „Einschüchterung“ habe sie „nichts zu tun. Ein Pax-Christi-Sprecher hatte gestern eine Polizeiaktion gegen Gipfelgegner scharf kritisiert mit den Worten: „Offensichtlich soll jeder, der den Kapitalismus kritisiert, zum Terroristen gestempelt werden. Damit wäre auch Pax Christi getroffen“. (rv/domradio, 16.5.07) Die Christliche Polizeivereinigung (CPV) nutzte die Gunst der Stunde anders und verteilte an die rund 16.000 Polizeibeamten, die während des G8-Gipfels in Heiligendamm mitmischten, eine Sonderausgabe des Neuen Testaments an. Die Initiatoren wurden allerdings nur rund 1.000 dieser Bücher los, die neben dem Bibeltext Berichte von Polizisten enthalten, die angeblich Kraft durch den christlichen Glauben erfahren. Unterstützt wurde die Verteilaktion nach CPV-Angaben von Andreas Schorlemmer (Groß Kiesow bei Greifswald), dem Landespfarrer für Polizeiseelsorge in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser habe im vorbereitenden Gottesdienst für die Einsatzkräfte auf die Sonderausgabe des Neuen Testaments aufmerksam gemacht. Die Christliche Polizeivereinigung hat rund 350 Mitglieder. (*idea*, 6.6.07)

Anm. *MIZ*-Red.: Hier hätten die Christen wirklich einmal etwas Gutes tun und ihre Kollegen an das Gebot zur Wahrhaftigkeit erinnern können: Laut Berichten zahlreicher Augenzeugen zogen sich nämlich Einsatzzüge von Polizisten in Zelten um und traten dann, als „Autonome“ verummmt, selbst als Krawallmacher auf – woraufhin ihre in Uniform auftretenden Kollegen den gewünschten Anlass hatten, Demonstrationen zu unterbinden.

I (3699) **Köln**. Der evangelisch Kirchentag führte manche Theologen zu bemerkenswerten Einsichten. Der Wiener Theologieprofessor Ulrich Körtner meinte, die viel beschworene angebliche „Wiederkehr der Religion“ habe wenig mit dem christlichen Glauben zu tun. Jede spirituelle Erfahrung – sei es im Fußballstadion oder im Wald – werde religiös gedeutet. Nur am Rande ging er auf die Frage ein, ob es überhaupt eine Renaissance des Phänomens Religion gebe.

Der Theologe und Medienpädagoge Andreas Mertin (Hagen) vertrat die Ansicht „Blasphemie ist ein Menschenrecht.“ Es sei das Recht jedes Menschen, auf religiöse Überzeugungen anderer genauso zu reagieren wie zum Beispiel auf politische. Der evangelikale Nachrichtendienst *idea* konstruierte daraus gleich ein Recht, sich „über religiöse Gefühle lustig zu machen“. (*idea*, 7.u. 8.6.07)

I (3700) **Passau**. Der einzige nichtkirchliche Lehrstuhl für Philosophie in Passau soll nun aufgelöst werden – obwohl gerade er für die Ethiklehrerausbildung entscheidende Bedeutung hat. Künftig sollen zwei Theologen diese Ausbildung übernehmen. Der bisher zuständige Philosophie-Lehrstuhlinhaber Thomas Mohrs wird voraussichtlich trotz der

Prämierung seines Projekts "Philosophie auf dem Marktplatz" wegversetzt werden. Der Bund für Geistesfreiheit Bayern hat sich an den Demonstrationen der Studenten in Passau beteiligt und versucht nun den juristischen Widerstand zu unterstützen. Die Aussichten sind nicht schlecht, denn sowohl das EU-Recht als auch ein bayerisches höchstrichterliches Urteil von 1980 belegen einen Verstoß der Universitätsleitung gegen das Gebot der weltanschaulichen Neutralität des Staates. (vgl. auch Rundfunksendung des bfg Bayern vom 8.7.07 im BR sowie die Homepage: www.philosophie-passau.de).

I (3701) **Mainz**. Der bisher vielfach als „liberal“ eingestufte Vorsitzende der deutschen katholischen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, hat nun die Maske fallen lassen. Vor Vertretern der obersten Bundesgerichte in Karlsruhe warnte er besonders mit Blick auf den Islam (aber natürlich auch auf die nichtreligiösen Weltanschauungsgemeinschaften), alle Religionen in Deutschland gleich zu behandeln und den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts "relativ beliebig" zu verleihen. Die Neutralität des Staates dürfe nicht als "unreflektierte Toleranz" verstanden werden. Stattdessen müsse sie angesichts der tiefen Wurzeln des Christentums in der europäischen Rechtskultur im Falle der Kirchen "fördernd und wohlwollend" sein.

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland übte scharfe Kritik an Kardinal Karl Lehmann. Generalsekretär Aiman Mazyek warf dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz im Berliner "Tagesspiegel am Sonntag" vor, seine Auffassung vom rechtlichen Vorrang der Kirchen vor anderen Religionen sei juristisch unhaltbar. "Die Kirchen würden den Islam gern in die zweite Bundesliga verbannen", so Mazyek. Dem stünden aber Grundgesetz und höchstrichterliche Rechtsprechung entgegen, "die für alle Religionen Gleichbehandlung vorschreiben". (KNA, 24.6.07, *Tagesspiegel am Sonntag*, 24.6.07)

I (3702) **Wiesbaden**. Die hessische Kultusministerin will die Schöpfungslehre im Biologieunterricht behandelt wissen. Als Begründung nannte sie die These, auch die Evolutionstheorie stehe in erstaunlicher Übereinstimmung mit der Bibel. Der stellvertretende Vorsitzende des Verbands deutscher Biologen und Professor für Pflanzenphysiologie und Evolutionsbiologie, Ulrich Kutschera, riet der Ministerin, sie solle sich „zuerst orientieren und ein Fachbuch lesen“. Die Evolution sei eine bewiesene Tatsache, während christlicher Mythos keinesfalls in den Biologieunterricht gehöre. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.6.07; *Spiegel online*, 29.6.07)

I (3703) **Hannover**. Am gleichen Tag, an dem der Heilige Stuhl die katholische Kirche als einzig wahre Kirche bezeichnete, stellte die evangelische Kirche unter Beweis, dass sie im Prinzip genau den gleichen totalitären Anspruch vertritt.

In einer offiziellen Eingabe appellierte sie an den Bundestag, bei der gesetzlichen Regelung von Patientenverfügungen dem Selbstbestimmungsrecht keinen zu großen Spielraum zuzugestehen. Zwar solle jedem Menschen ein menschenwürdiges Sterben gewährt werden. Aber „nach christlicher Überzeugung gilt, dass über menschliches Leben, in welchem Stadium auch immer, nicht frei verfügt werden darf, sondern dass Gott allen Dingen ihre Zeit bestimmt hat. Der Mensch steht vor der Aufgabe, zu erkennen und zu wissen, wann was an der Zeit ist. Davon ist das Ende menschlichen Lebens nicht ausgenommen. ... Die Tötung auf Verlangen oder die Beihilfe zur Selbsttötung sind ethisch unter allen Umständen unzulässig“, befand der Rat der EKD.

Darüber hinaus behauptete das oberste Gremium der evangelischen Kirche wahrheitswidrig, die Beihilfe zum Suizid sei strafbar. In Wirklichkeit kann aber nach deutschem Recht niemals die Beihilfe zu einer Tat strafbar sein, die selbst nicht unter Strafe steht. Damit fordert die EKD indirekt eine Verschärfung des deutschen Strafrechts. (Verlautbarung der EKD vom 11.7.07)

Auch die Forderung nach einer Reichweitenbegrenzung von Patientenverfügungen, wie sie von evangelikalen sowie konservativ-katholischen Kreisen noch weit stärker gefordert wird als von der EKD, würde nach Ansicht der (konfessionslosen) Justizministerin gegen die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen und damit gegen Art. 1 des Grundgesetzes verstoßen.

Italien

I (3704) **Rom.** „Ob die gesetzliche Gleichstellung von Homosexuellen, die Debatte um den Stellenwert der Familie oder jüngst die Ausstrahlung einer Fernsehdokumentation über Missbrauchsfälle durch Priester im italienischen Fernsehen: Die katholische Kirche und auch der Papst persönlich mischen sich in die Politik Italiens ein. Dabei scheuen sie nicht davor zurück, klare Worte zu wählen oder mit politischen Parteien zu paktieren. Offiziell bezeichnet sich die katholische Kirche als politisch neutral. Doch mit ihren jüngsten Einmischungen sorgt sie im politischen Italien für viel Wirbel.“ So kommentierte sogar der Kirchenfunk im Bayerischen Rundfunk am 1.6.07 die Rolle des Vatikan in Italien. Zum einen ist die BBC-Dokumentation „Sex, Crime and the Vatican“ seit einiger Zeit auf der Internetplattform YouTube verfügbar und stößt im Vatikan auf großen Ärger (*Der Standard*, 22.05.07). Das Video berichtet von Dutzenden des Kindesmissbrauchs angeklagten Geistlichen und stellt unter anderem fest, dass Papst Benedikt zu seiner Zeit als Kardinal darauf bedacht gewesen sei, mögliche Täter durch Schweigen zu schützen. Der Vatikan fordert nun, dass bei einer möglichen Ausstrahlung darauf hingewiesen werde, dass die Dokumentation Unwahrheiten enthält, sieht sich aber nicht in der Lage, diese angeblichen Unwahrheiten zu konkretisieren. Bisher gibt er auch nicht zu, welche der Passagen der Wahrheit entsprechen – womit er den Vorwurf bestätigt, er sei nur an der Vertuschung des Skandals interessiert. (*Der Standard*, 21.05.07; *Radio Vatikan*, 23.05.07)

Der TV-Moderator Michele Santoro möchte die Sendung jetzt in seiner RAI-Sendereihe ausstrahlen. Der konservative Vorsitzende der parlamentarischen Kontrollkommission, Mario Landolfi, hat Gegenmaßnahmen angedroht. Die katholische Tageszeitung „Avvenire“ sprach im Hinblick auf die BBC-Doku von „schändlicher Verleumdung“. Auch der Generalsekretär der italienischen Bischofskonferenz, Giuseppe Betori, kritisierte gestern die BBC-Dokumentation, fügte aber an, dass er gegen Zensur sei. (kap, 23.5.07)

Österreich

I (3705) **Wien.** Der oberste Kirchenfürst, Kardinal Schönborn, ließ es sich nicht nehmen, die Bestattungsfeierlichkeiten des umstrittenen ehemaligen Nazi-Kollaborateurs Kurt Waldheim zu zelebrieren und ihn dabei in Schutz zu nehmen. Nach seinem Amtsantritt wurde ihm die Verwicklung in Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht auf dem Balkan vorgeworfen, an die er sich angeblich nicht erinnern konnte.

In seltener Beschönigung, die an Öttingers Filbinger-Rede erinnerte, meinte der Kardinal: „Würden wir uns an alles Böse erinnern, das auf unserer Geschichte lastet, wir könnten nicht leben.“ Die Regel des Umgangs miteinander müsse lauten: "Wie Gott mir, so ich dir". In einer gnadenlosen "Beschuldigungsgesellschaft" sei es so schwer, Schuld und Versagen ehrlich zu thematisieren, weil der "Raum des Wohlwollens" fehle.

Wie Kardinal Schönborn betonte, könne niemand bestreiten, dass Kurt Waldheim nach der Erfahrung von Diktatur und Krieg, von Tod und Elend sein Leben ganz auf Versöhnung gesetzt habe, was auch vom Papst in seinem Kondolenztelegramm zum

Begräbnis gewürdigt werde. Nach Abspielen der Bundeshymne erfolgte die Einsegnung durch Kardinal Schönborn. (kap, 24.6.07)

I (3706) **Heiligenkreuz**. Der Papstbesuch in Österreich wirft seine Schatten voraus, zumindest bei den finanziellen Belastungen für die Staatskasse. Wegen des Besuchs wird das Stift Heiligenkreuz eilends restauriert. Die Landesregierung Niederösterreich hat bereits 175.000 Euro genehmigt, die Gesamtkosten belaufen sich auf über eine halbe Million. Ob sich die Kirche selbst daran beteiligt, war der Meldung nicht zu entnehmen. (*Kleine Zeitung*, 26.6.07)

Polen

I (3707) **Warschau**. Nach langem Tauziehen hält nun die eingesetzte kirchliche Untersuchungskommission bei zwölf Bischöfen eine Spitzeltätigkeit für den kommunistischen Geheimdienst für erwiesen. Die Kleriker seien als „geheime Kollaborateure“ oder als „operative Kontakte“ geführt gewesen. Auslöser war der beispiellose Skandal um Kardinal Stanislaw Wielgus, der am 7. Januar direkt nach dem feierlichen Einführungsgottesdienst als Erzbischof von Warschau zurücktreten musste, nachdem seine Mitarbeit beim polnischen Geheimdienst nicht mehr zu leugnen war. Der Fall hatte in der Öffentlichkeit große Enttäuschung ausgelöst, weil der Mythos von der Kirche als Hort des Widerstands gegen das System in sich zusammenfiel und überdies der Vatikan peinlicher Fehler überführt worden war. (*Netzeitung*, 27.6.07)

Schweden

I (3708) **Stockholm**. Weil die schwedische Hotel-Kette Scandic alle Bibeln aus ihren Zimmern entfernt hat, will der lutherische Bischof Tony Guldbrandzen (Härnösand/Nordschweden) deren 32 Hotels boykottieren. Er hat bereits rund 100 Reservierungen storniert. Ursprünglich wollte sich der Rat seiner Diözese im kommenden Monat in einem Scandic-Hotel treffen. „Wir wollen deutlich machen, dass wir die Entscheidung von Scandic nicht billigen, Bibeln aus den Hotelzimmern zu verbannen“, so der Bischof. Er hoffe, dass das Management die Entscheidung noch einmal überdenkt. Die Hotelkette hatte vor kurzem ihre 130 Häuser in zehn Ländern aufgefordert, nicht länger Bibeln auszulegen. Zuvor hatte ein Humanist an der Bibel in seinem Zimmer Anstoß genommen und sich beschwert. Daraufhin hatte die Managerin Mona Andersson (Stockholm) allen Scandic-Hotels empfohlen, Bibeln nur noch auf Wunsch an der Rezeption bereitzuhalten. Zur Begründung hieß es, dass Angehörige aller Religionen in Scandic-Hotels willkommen seien. Dazu meinte Guldbrandzen, er habe keine Probleme damit, wenn auch andere religiöse Bücher in Hotelzimmern auslägen, etwa der Koran. Er sei für Religionsfreiheit, versteht darunter aber nur die Freiheit zur und nicht auch von der Religion. Noch etwa 85 Prozent der neun Millionen Einwohner gehören der lutherischen Kirche an. (*idea*, 1.5.07)

Spanien

I (3709) **Madrid/Toledo**. Die Bischöfe des Landes greifen die Schulpolitik der Regierung unter Jose Luis Zapatero an. Sie wenden sich vor allem gegen die Einführung eines neuen Pflichtfaches "Erziehung zur Staatsbürgerschaft", das die Moral-Vorstellungen von Spaniens Schülern nicht mehr im kirchlichen Sinne prägen soll. Mit diesem Fach, so die Bischöfe, „maßt sich der Staat die Rolle eines Moral-Erziehers an, die einem demokratischen Rechtsstaat nicht zusteht.“ Kirchenunabhängige Journalisten wandten

allerdings ein, dass ein Moral-Monopol der Kirchen mit demokratischen Grundsätzen noch viel weniger vereinbar sei.

Der Erzbischof von Toledo, Kardinal Cañizares, warnte in einer Predigt, „die christlichen Wurzeln Spaniens auszureißen“. Es gebe Versuche, ein "laizistisches Projekt, in dem Gott nicht zählt", in der Gesellschaft durchzusetzen. Tatsächlich soll aber jedes Schulkind auch weiterhin die Möglichkeit zum Besuch des Religionsunterrichts haben, doch wird damit gerechnet, dass sie nur von relativ wenigen wahrgenommen wird. (efe, 24.6.07)

Vatikan

I (3710) **Rom**. Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone meinte bei einer Internationalen Tagung zum Thema „Christentum und Säkularisation. Herausforderungen für die Kirche.“, die Säkularisation habe im Lauf der Geschichte ihre Unmenschlichkeit nicht verbergen können. Um sich für das Gemeinwohl einzusetzen, müsse der Mensch sich den fundamentalen Werten öffnen, so Bertone: „Aus christlicher Sicht kommen die grundlegenden Werte von Gott, ... ohne ihn gibt es keine Kraft. Das heißt zweifelsohne nicht, dass Nicht-Gläubige die grundlegenden Werte nicht leben können. Aber ohne Gottesbezug verlieren diese Werte alle ihre Kraft. Aber die Kirche will gemeinsam mit allen eine Welt aufbauen, die auf Gerechtigkeit und auf Solidarität gründet.“ Wie sie dies erreichen will, wenn sie gleichzeitig Nichtreligiöse derart herabsetzt, blieb allerdings offen. Der deutschsprachige Referent bei der Tagung an der römischen Europa-Universität war der Philosoph und Theologe Robert Spaemann, als Sohn eines katholischen Priesters von Kindesbeinen an ausschließlich der katholischen Lehre verpflichtet. Er warnte davor, jeglichen Wahrheitsanspruch aufzugeben und meinte:

„Toleranz bedeutet Menschen zu respektieren mit Überzeugungen, die wir für falsch halten.“ Wenn es im Namen der Toleranz es nicht mehr erlaubt sein sollte, die eigene Überzeugung für die einzig richtige zu halten, „dann ist ein Punkt erreicht, an dem eine offene Feindschaft zwischen Kirche und einer sich so verstehenden Gesellschaft unvermeidlich ist.“ (Radio Vatikan, 30.5.07)

Weißrussland

I (3711) **Minsk**. Vertreter der Katholiken, Orthodoxen und Protestanten des Landes sammeln Unterschriften für eine Änderung der autoritären Religionsgesetze, die einzig die russischen Orthodoxen begünstigt. Diese Gesetze richteten sich „gegen jegliche Menschenrechte und sogar gegen Atheisten“, so die Initiatoren. Bisher haben sie 10.000 Unterschriften gesammelt, für eine eventuelle Gesetzesänderung sind mindestens 50.000 nötig. Die russisch-orthodoxe Kirche hat sich offiziell von der Initiative distanziert. (forum, 19.5.07)

Nordamerika

USA

I (3712) **San Francisco**. Der kalifornische Senat hat ein Gesetz verabschiedet, dass den Schulen vorschreibt, im Unterricht Transsexualität, Bisexualität und Homosexualität zu behandeln. Auch ohne elterliche Erlaubnis sollen Kinder neutral und dezent über die unterschiedlichen sexuellen Lebensentwürfe informiert werden, berichtet die

Nachrichtenagentur CNA. Der Sprecher einer fundamental-christlichen Elterninitiative, Randy Thomasson, zeigt sich schockiert und hofft, dass der kalifornische Gouverneur Arnold Schwarzenegger mit seinem Veto das neue Gesetz verhindert. (*Christian News Agency*, 26.5.07)

Lateinamerika

Bolivien

I (3713) **La Paz**. Staatschef Evo Morales hat die katholische Kirche dazu aufgefordert, „sich zwischen Beten und Politik“ zu entscheiden. Er reagierte damit auf eine Aussage von Papst Benedikt XVI. bei seiner Brasilienreise, der von „autoritären Regierungen“ in Lateinamerika gesprochen hatte, ohne allerdings konkrete Beispiele zu nennen. (*La Razòn*, 19.5.07)

Brasilien

I (3714) **Vatikanstadt/Brasilia**. Schon vor dem Papstbesuch war die Stimmung in Brasilien alles andere als günstig für die katholische Kirche.

Die Abtreibungsdiskussion in diversen lateinamerikanischen Ländern und die drohende „Exkommunikation der Abtreibungspolitiker“ („Folha de São Paulo“) überschatteten die Stimmung.

Mehrere Zeitungen berichteten von einem „Heiligen Krieg“ zwischen den beiden Sendern „Globo“ – dem offiziellen Medienpartner des Vatikan – und dem evangelikalen Fernsehkanal „Record“. Während „Globo“ enthusiastisch über den Empfang des Papstes berichtet, legt „Record“ den Akzent auf die Behinderungen, unter denen die Bevölkerungen zu leiden hat. Ein Papstbesuch: Fast so aufwändig wie das Endspiel einer Fußballweltmeisterschaft. (*KNA*, 11.5.07)

Brasilien ist in absoluten – aber nicht prozentualen – Zahlen das Land mit den meisten Katholiken der Welt. Rund 155 Millionen Menschen bekennen sich zur katholischen Kirche, Tendenz: sinkend. Das Land leidet unter einem eklatanten Priestermangel. Ein Priester betreut in Brasilien 7.500 Gläubige, zum Vergleich: In Italien kommen auf einen Priester 1.000 Gläubige. Viele Katholiken wandern aus diesem Grund zu christlichen Freikirchen ab. Ebenfalls auffallend ist die Diskrepanz zwischen jungem Klerus und alten Bischöfen. Brasiliens Bischofskonferenz hat rund 400 Mitglieder, sie ist damit die drittgrößte der Welt nach Italien und den USA. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.5.07) Radio Vatikan meldete dazu am 18. Mai wörtlich: „Freikirchliche Gemeinden und auch Sekten ziehen gerade Gläubige aus den ärmeren Schichten an. Heute sind in Brasilien nur mehr knapp 64 Prozent der Bevölkerung katholisch – das waren früher bis zu 94 Prozent.“

I (3715) **Aparecida**. Für einen Sturm der Entrüstung sorgte der Papst mit folgenden Bemerkungen: „Welche Bedeutung aber hatte die Annahme des christlichen Glaubens für die Länder Lateinamerikas und der Karibik? Es bedeutete für sie, Christus kennenzulernen und anzunehmen, Christus, den unbekanntem Gott, den ihre Vorfahren, ohne es zu wissen, in ihren reichen religiösen Traditionen suchten. Christus war der Erlöser, nach dem sie sich im Stillen sehnten. Es bedeutete auch, (...) den Heiligen Geist empfangen zu haben, der gekommen ist, ihre Kulturen zu befruchten, indem er sie reinigte“. Besonders zynisch wirkte angesichts der vielen Millionen ermordeter Indianer,

die von den christlichen Kolonisatoren zu mehr als 90 Prozent ausgerottet wurden, der direkt folgende Satz: „Tatsächlich hat die Verkündigung Jesu und seines Evangeliums zu keiner Zeit eine Entfremdung der präkolumbianischen Kulturen mit sich gebracht und war auch nicht die Auferlegung einer fremden Kultur.“ (zitiert laut *Die Zeit*, 3.5.07)

Selbst der katholische Nachrichtendienst Kipa merkte an: „Im Zuge der von der Kirche unterstützten Kolonialisierung Südamerikas wurden Ureinwohner millionenfach versklavt, ermordet oder durch eingeschleppte Krankheiten getötet. Papst Johannes Paul II. hatte unter anderem in der Generalaudienz am 21. Oktober 1992 um Vergebung für die Rolle gebeten, welche die europäischen Christen bei der Eroberung Amerikas gespielt hatten.“ Zahlreiche Vertreter der Ureinwohner Lateinamerikas reagierten kritisch auf die Äußerungen des Papstes zur Kolonialzeit reagiert. Der Vorsitzende des Interessenverbandes der Ureinwohner im mexikanischen Oaxaca, Roberto Olivares, nannte die Worte Benedikts „lächerlich“. Der Direktor der Organisation der Ureinwohner Kolumbiens (ONIC), Luis Evelis Andrade, kritisierte, „dass die Kirche ihre Verantwortung für die Vernichtung unserer Kultur und unserer Identität nicht anerkennt.“

(*kipa*, 15.5.07)

Der Kölner Historiker Hans-Jürgen Prien warf dem Kirchenoberhaupt „unglaubliche Geschichtsklitterung“ vor. Die Rede sei „das Oberflächlich-Schönfärberischste, was ich aus päpstlichem Mund zur Mission Lateinamerikas seit 30 Jahren gelesen habe“, sagte der Lateinamerika-Historiker dem „Kölner Stadtanzeiger“. (*KNA*, 17.5.07)

Vertreter der indianischen Ureinwohner äußerten harsche Kritik am Papst (*Kölner Stadt-Anzeiger*, 16.05.2007). Dies, so Stammesvertreter der südamerikanischen Indianer, sei eine Verdrehung der Geschichte, die für einen Papst unakzeptabel ist. Es dürfe nicht sein, dass die Kirche ihre Mitwirkung bei der Vernichtung der indianischen Kultur nicht anerkenne. (*Netzeitung*, 15.05.07; *Die Presse*, 15.05.07; *Rheinische Post*, 15.05.07)

Der aus Österreich stammende Bischof Kräutler verstieg sich hingegen zu der Behauptung: „Ohne die katholische Kirche in Brasilien gäbe es die Indianer nicht mehr.“ Er selbst sei über die Papst-Aussagen „etwas erschrocken“ gewesen. Wörtlich sagte der Bischof: „Für die indigenen Völker, die nie Theologie studiert haben, klingt das so, als ob man die in der Geschichte bewiesenen Blutbäder und Zwangschristianisierungen leugnen wollte. Das wollte der Papst sicher nicht, und seine Rede stand in einem ganz anderen Zusammenhang.“ (*KNA*, 25.5.07)

Anm. *MIZ*-Red.: Dieser Versuch einer nachträglichen Uminterpretierung steht in Widerspruch zum Kontext der Aussage: Der Papst sprach eindeutig von den Anfängen der Besetzung des Kontinents durch spanische Katholiken und von den angeblichen Sehnsüchten der „Indianer“ – die im übrigen schon deshalb niemand mehr genau kennt, weil die Originaldokumente dieser Völker größtenteils vernichtet wurden. Aber vielleicht verrät der Halbsatz „... die nie Theologie studiert haben, ...“ das eigentliche Problem: Theologen, die von ihrer Glaubenslehre ausgehen, haben offensichtlich ein anderes Wahrheits-Verständnis als säkulare Menschen, die historischen Fakten und eine profane Textanalyse zugrunde legen.

Kolumbien

I (3716) **Bogotá**. Der Plan der Gesundheitsbehörde von Bogota, zwei Millionen Kondome in weiterführenden Schulen und Einkaufszentren der Stadt zu verteilen, stieß auf erbitterten Widerstand der örtlichen Bischöfe, die darin keine „wirkliche Wertevermittlung“ sehen. Die Behörden sehen sich jedoch zum Handeln gezwungen wegen der drastischen

Zunahme von Schwangerschaften bei Mädchen unter 14 Jahren. Die Teilnahme an der Aktion war für Schüler wie Lehrer freiwillig. (*Radio Vatikan* u.a., 28.4.07)

Kuba

I (3717) **Havanna**. Entgegen den Polemiken ausländischer Kirchenvertreter hat der einheimische Kardinal Jaime Lucas Ortega die Kirchenfreiheit auf der Karibikinsel gelobt und ein deutlich verbessertes Verhältnis zur kubanischen Regierung bestätigt. Am Rande der Bischofsvollversammlung für Lateinamerika und die Karibik in Aparecida sagte der Erzbischof von Havanna der brasilianischen Presse, die Kirche werde sogar vom kubanischen Staat unterstützt. Mehr als 60 Prozent der rund elf Millionen Kubaner seien getauft. Fast die Hälfte der etwa 320 Priester der Insel seien Ausländer. Der Papst könne Bischöfe völlig frei und ohne jegliche Abstimmung mit der Regierung ernennen. Ortega verzeichnete auch als positiv, dass Kuba anderen lateinamerikanischen Ländern Hilfe leiste, indem es etwa Ärzte nach Haiti, Guatemala, Venezuela oder Bolivien entsende. (*KNA*, 30.5.07)

Asien

China

I (3718) **Peking**. Trotz eines Verbots der chinesischen Regierung planen christlichen Missionare, bei den Olympischen Spielen in Peking aktiv zu werden. Viele christliche Gruppen in westlichen Ländern sähen in den Olympischen Spiele eine einzigartige Gelegenheit, das Evangelium in einem kommunistischen Land zu verbreiten. „Das ist ein Zeitpunkt, wo Visa einfach zu bekommen sind“, meinte ein amerikanischer Missionar. (*ap*, 17.5.07)

Indien

I (3719) **Mumbai**. Am Pfingstsonntag sind wieder Tausende kastenlose Dalits, Nomaden und Angehörige verschiedener ethnischer Stämme in Mumbai (Bombay) zum Buddhismus übergetreten. Das berichtete die Zeitung „The Hindu“ am 28. Mai. Nach Angaben eines Vertreters der so genannten Dalit („Unberührbare“) nahmen an der Massenveranstaltung in Bombay rund 5.000 Dalit teil. Massenübertritte kommen immer wieder vor. Für viele Dalit ist es die einzige Möglichkeit, dem Kastenleben zu entfliehen. Bezeichnenderweise wenden sie sich aber kaum den christlichen Kirchen zu. (*afp*, 29.5.07)

Japan

I (3720) **Tokio**. Wo die katholische Kirche in der Minderheit ist, tritt sie sehr wohl für die Trennung von Staat und Kirche ein. Im Rahmen der Debatte um eine geplante Verfassungsänderung in Japan fordert sie nun „Kultfreiheit und die Trennung zwischen Staat und Religion“. In der aktuellen Verfassungsdiskussion wünschen viele, dass die nichttraditionellen Religionen wie das Christentum weniger Rechte haben als zum Beispiel die buddhistischen Religionsgemeinschaften. (*fides*, 25.5.07)

In Japan sind 1,3 Prozent Christen, aber 80 % Shintoisten und 70 % Buddhisten. Die beiden letzteren sind tolerantere Religionen, die keinen Absolutheitsanspruch haben und Doppelmitgliedschaften zulassen.

Malaysia

I (3721) **Kuala Lumpur**. Eine vom Islam zum Christentum übergetretene Frau hat ihren Kampf um staatliche Anerkennung ihres Religionswechsels verloren. Das malaiische Bundesgericht entschied, dass nur das Islamische Gericht über die Streichung des Wortes Islam aus ihren Dokumenten entscheiden könne. In Malaysia gibt es de facto zwei nebeneinander existierende Rechtssysteme. Eines basiert auf dem Islam, das andere auf der Verfassung. Die Verfassung garantiert Religionsfreiheit, das islamische Gesetz hingegen verbietet Konversion. (*asianews*, 30.5.07)

Pakistan

I (3722) **Karachi**. Der Christ Younis Masih ist laut Pressedienst Asianews wegen Gotteslästerung zum Tode verurteilt worden. Masih soll sich im Gespräch mit einer Gruppe Muslime abschätzig über Mohammed und den Koran geäußert haben. Sein Anwalt will das Urteil anfechten und sich an den Obersten Gerichtshof wenden. Seine Kirche unterstützt ihn und fordert die Aufhebung der Strafbarkeit von „Gotteslästerung“. (*asianews*, 31.5.07)

Afrika

Mali:

I (3723) Die Muslime in dem westafrikanischen Staat kommen mit Angehörigen anderer Weltanschauung offenbar sehr gut aus. Von den rund 12 Millionen Menschen stellt der Islam mit 90 Prozent die deutliche Mehrheit. Katholiken und Protestanten machen einen Anteil von nur 2 Prozent aus. (*Radio Vatikan*, 19.5.07)

Sudan

I (3724) **Azaze**. Im zentralsudanesischen Bundesstaat Algezira hat ein Berufungsgericht die Steinigungsurteile gegen zwei sudanesischen Frauen aufgehoben und eine Wiederaufnahme des Verfahrens angekündigt. Wegen angeblichen Ehebruchs waren in der Stadt Azaze 200 Kilometer südlich von der Regierungshauptstadt Khartum im Februar und März 2007 zwei Frauen zum Tod durch Steinigung verurteilt worden. Beobachter führen die Wiederaufnahme des Verfahrens auf den internationalen Druck von Menschenrechtsorganisationen und der Internationalen Gemeinschaft zurück. Die beiden Frauen aus der westsudanesischen Region Darfur konnten sich vor Gericht nicht verteidigen, da ihnen kein Anwalt zur Seite gestellt wurde und der Prozess nicht in ihrer Muttersprache, sondern auf Arabisch und ohne einen Dolmetscher geführt wurde. (Mitteilung von *Amnesty International*, 23.5.07)

